

Zwangsumsiedlung von BeduinInnen

Das israelische Parlament, die Knesset, hat in erster Lesung den Praver/Begin-Plan gut geheissen. Der Plan sieht die Umsiedlung von bis zu 40 000 BeduinInnen und Beduinen innerhalb der Negev-Wüste vor. In diesem Gebiet sollen jüdische Siedlungen, Wälder und Parks entstehen.

*Sibylle Elam**

Etwa ein Viertel der beduinischen Bevölkerung Israels, rund 45 000 Menschen, leben in einem umgrenzten Gebiet in der Region der Stadt Beersheba. Ihre Dörfer sind mehrheitlich vom israelischen Staat nicht anerkannt. Unter dem Praver/Begin-Plan werden einige wenige dieser Dörfer legalisiert. Die BewohnerInnen der andern Dörfer sollen sich in einer der sieben beduinischen «Townships» niederlassen, die der israelische Staat für sie seit Anfang der 70er-Jahre errichtet hat. Diese Beduinenstädte entsprechen in keiner Weise beduinischer Kultur, sie haben auch zu wenig Land für traditionellen Ackerbau und Viehzucht. Sie weisen heute innerhalb Israels die höchste Rate an Armut, Arbeitslosigkeit und Kriminalität auf.

Die BeduinInnen wehren sich vehement gegen die Vertreibung und gegen die Zerstörung ihrer Kultur. In den letzten Monaten haben sie immer wieder zu Protestdemonstrationen aufgerufen und wurden dabei auch von Bürgerrechtsbewegungen innerhalb Israels und von jüdischen Organisationen ausserhalb Israels unterstützt.

Die Umsiedlung der BeduinInnen ist Teil eines grossen staatlichen Entwicklungsplans für den Negev – statt der zerstreuten Beduinendörfer sollen in dieser Gegend südlich von Beersheba jüdische Siedlungen, Wälder und Parks entstehen. Bereits bestehende jüdische Siedlungen im Negev, die ohne Bewilligungen errichtet wurden, sind nachträglich bewilligt worden. Eine Rechtsungleichheit, welche die Annahme der Beduinen bestätigt, dass sie im Staat Israel als Bürgerinnen und Bürger zweiter Klasse betrachtet werden. Die nicht anerkannten Dörfer gibt es offiziell nicht, sie kommen auf keiner staatlichen Landkarte vor, sie sind weder an die Strom- noch an die Wasserversorgung angeschlossen, es gibt we-

der Schulen noch eine Gesundheitsversorgung.

Viele dieser Dörfer sind in den letzten Jahren wiederholt von der Israel Land Authority unter aktiver Beihilfe des Jüdischen Nationalfonds JNF zerstört worden – das Dorf Al Arakib, dessen Bewohner immer wieder zurückkehren, bereits 50 mal. Zehntausende von Olivenbäumen wurden ausgerissen und statt deren Parks und Wälder angepflanzt. Der Staat Israel hat die Kosten für den Polizeischutz während den Zerstörungen und für den Abtransport der Trümmer und ihre Entsorgung den Beduinen mit 1,8 Millionen NIS (rund 45 000 Fr.) in Rechnung gestellt.

Verschiedene beduinische Familien haben versucht, und versuchen noch, ihre Rechte vor Gericht einzuklagen. Die Beweislage ist für sie, wie oft für indigene Völker, schwierig. So genügt auch die Tatsache nicht, dass es in Al Arakib einen Friedhof gibt, auf welchem schon die Urgrosseltern der heutigen Bewohner beerdigt wurden, um den Besitzanspruch zu untermauern. Die BeduinInnen haben oft Dokumente, welche nachweisen, dass sie im Besitz des Landes zur Zeit der osmanischen und der britischen Herrschaft waren, aber diese werden vom Staat Israel nicht anerkannt.

Mit dem Praver-Plan soll der jahrelange Streit zwischen dem Staat Israel und den BeduinInnen beigelegt werden. Er wurde mehrmals revidiert und in seiner jetzigen Form als Praver/Begin-Plan ohne Teilnahme der Betroffenen verabschiedet. Alternativen, welche eine Anerkennung der Dörfer beinhalteten, wurden von der Regierung verworfen.



Kinder aus dem nicht anerkannten Dorf Wadi Al-Na'am.

Nach dem Parlamentsbeschluss zur Umsetzung des Praver/Begin-Planes hat die US-amerikanische Jewish Voice for Peace dazu aufgerufen, einen Protestbrief an den israelischen Botschafter in den USA zu schicken. Innerhalb der ersten 24 Stunden folgten 10 000 Leute der Aufforderung. 65 britische Rabbiner nennen die Umsiedlung ein grosses Unrecht und fordern die israelische Regierung in einem Schreiben auf, mit den Betroffenen eine Lösung zu finden. Und auch Amnesty International USA lancierte eine Kampagne, deren Ziel es ist, den Plan zu stoppen.

** Sibylle Elam gehört der Arbeitsgruppe Al Arakib an.*

Info-Veranstaltung

Zu den Zwangsumsiedlungen findet am kommenden Samstag, 6. Juli von 17 bis 19 Uhr eine Informationsveranstaltung an der Hohlstrasse 86c, 8004 Zürich (Gemeinschaftsraum) mit Khalil Al-Amour vom Negev Coexistence Forum statt. Al-Amour stammt aus dem nicht anerkannten

beduinischen Dorf Al-Sira. Auch dieses ist von der Zerstörung bedroht. Zum Gespräch mit ihm laden ein: Amnesty International, Arbeitsgruppe Al Arakib, Café Palestine, Jüdische Stimme für einen gerechten Frieden zwischen Israel und Palästina, Schweizer Freundeskreis von Givat Haviva.